

Kurzbericht Gemeinderatssitzung vom 21.08.2023

Bauantrag und Umnutzung einer bestehenden Gewerbehalle in Rosenhof, Germanenstraße 15 zur Errichtung einer Asylunterkunft (AnKER-Zentrum)

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 21.08.2023 wurde die Entscheidung über den Antrag auf den Gemeinderat verwiesen.

Auf dem Flurstück 300/34 der Gemarkung Rosenhof, Germanenstraße 15, soll im Gewerbegebiet Rosenhof die Möglichkeit für die Schaffung eines temporären AnKER-Zentrums der Regierung der Oberpfalz geschaffen werden. Hierfür hat der Eigentümer das Objekt im Zuge eines von der Regierung der Oberpfalz im Frühjahr gestarteten Ausschreibungsverfahrens dem Freistaat Bayern angeboten.

Auf der Fläche sollen lt. Bauantragsunterlagen eine Unterkunft für bis zu 208 Geflüchteten entstehen. Die Unterkunft gliedert sich in drei Containerblöcke (Block A und C mit jeweils 32 Containern; Block B mit 40 Containern). Die Containerblöcke bestehen ausschließlich aus Schlafcontainern und sind zweistöckig geplant. Jeder Schlafcontainer ist mit der Belegung von zwei Personen vorgesehen. Die Sanitäreinrichtungen sind in 12 Containern innerhalb der bestehenden Halle geplant, direkt angrenzend in der Halle soll der Aufenthaltsraum/Speiseraum mit Sitzgelegenheiten und der Essensausgabe entstehen. Durch die Gemeinde Mintraching ist über das gemeindliche Einvernehmen zu entscheiden, dabei ist die Art und das Maß der Bebauung, sowie die gesicherte Erschließung zu prüfen.

Bezüglich der nachbarschaftlichen Interessen wird von Seiten Gemeinde Mintraching ein Konflikt mit der sehr intensiven gewerblichen Nutzung (u.a. Speditionen mit Nachtumschlag) gesehen. So könnte es zu Nutzungseinschränkungen der Gewerbetreibenden kommen. Hinsichtlich der öffentlichen Belange wird von Seiten der Gemeinde Mintraching in Zweifel gezogen, dass durch die umliegende Lärmbelastung (Gewerbe, Straßenverkehr) und die Geruchsemissionen (Müllumladestation) gesunde Wohnverhältnisse geschaffen werden können.

Nach einer kurzen Diskussion wurde das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag einstimmig abgelehnt. Der Antrag wird nun im weiteren Verfahren vom Landratsamt Regensburg geprüft und entschieden.